



Protokoll der Beratung vom 9. März 2006

Anwesenheit:

	Mitglieder:		Sachkundige Bürger:		Gäste:	
1.	Herr Dr. Schemel	PDS	Frau Richter	PDS	Frau Tzschoppe	Beigeordnete DIV
2.	Herr Picl	PDS	Frau Hofmann	FDP	Herr Weiße	Dezernent DIII
3.	Herr Strese	CDU/DSU	Frau Konzack	SPD	Herr Bischoff	amt. AL 40
4.	Herr Irrgang	CDU/DSU	Frau Breitschuh-Wiehe	B90/Grüne	Herr Warchold	AL 41
5.	Frau Dr. Münch	SPD	Herr Printschitsch	AUB	Frau Orphal	Schulrätin
6.	Herr Neubert	SPD	Herr Bromundt	Behindertenbeir.	Frau Gattner	PR
7.	Herr Kaps	AUB			Frau Preuß	SL 8. Grundsch.
8.	Herr Dr. Fischer	B90/Grüne			Frau Dallmeier	SL 6. Fördersch.
9.	Frau Teich	FLC			Herr Bärwinkel	Geschäftsführer
10.					Herr Reichel	Stadtbüro Hunger
11.					Herr Nitzschke	AL 63
12.						

TOP 1. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form mehrheitlich bestätigt.

Der Punkt 4.1. (Antrag 026/05) wird heute nicht behandelt. Frau Spring ist verhindert, daher wird dieser Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung aufgerufen.

I Öffentlicher Teil

1. Bestätigung der Tagesordnung

2. Berichte und Informationen

- 2.1. Fortsetzung der Diskussion zum Bildungs- und Kulturauftrag des Konservatoriums der Stadt (unter Einbeziehung der „Hintergrundinformation Fakten zur Diskussion über die Stellenkürzungen aus der städtischen Musikschule Konservatorium“ der Bärwinkel Bildung gGmbH)
- 2.2. Vorstellung des Konzeptes für eine „Grundschule mit Förderschwerpunkt Sprache“

3. Beschlussvorlagen

- 3.1. IV-037/06
Gemeinwesenstudie der Stadt Cottbus
- 3.2. IV-002/06
Beschluss zur 1. Fortschreibung des Stadtumbaukonzeptes der Stadt Cottbus
- 3.3. IV-008/06
Beschluss zum Teilräumlichen Konzept für den Stadtumbau Cottbus Neu-Schmellwitz (Selbstbindungsbeschluss)
- 3.4. IV-030/06
Satzung zum Schutz des Denkmalbereiches „Westliche Stadterweiterung (1870-1914)“ um die Bahnhofstraße und den Schillerplatz

3.5. IV-031/06

Satzung zum Schutz des Denkmalbereiches „Branitzer Parklandschaft“

3.6. III-007/06

Entgeltordnung Wohnheim Th.-Müntzer-Str. 7 - 10

3.7. III-008/06

Bildung des Amtes für Soziales und Schulverwaltung

4. Informationen, Anfragen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

4.1. Antrag 026/05

Die Fraktion Frauenliste Cottbus beantragt Bewertungskriterien für Einrichtungen kommunaler und freier Träger auf folgenden Gebieten zu erarbeiten: freiwillige Leistungen sozialer Dienste, Jugendarbeit und Kulturarbeit.

II Nichtöffentlicher Teil

keiner

TOP 2.1.

Die Diskussion zum Bildungs- und Kulturauftrag des Konservatoriums wird fortgesetzt. **Herr Warchold** stellt die Übersicht städtischer Musikschulen mit dem Eigennamen „Konservatorium“, die Produktbeschreibung öffentlicher Musikschulen für die vier kreisfreien Städte im Land Brandenburg und die mittelfristigen Planungsziele des Konservatoriums vor.

Herr Bärwinkel erläutert ein überarbeitetes Diskussionspapier, welches den Mitgliedern und sachkundigen Bürgern des Ausschusses übergeben wurde. Er beantragt die Bildung einer Arbeitsgruppe, welche ehrenamtlich tätig sein soll. Ziel der AG sollte u. a. die Neuordnung der Arbeit der städtischen Musikschule sein.

Herr Weiße dankt Herrn Bärwinkel für den Diskussionsbeitrag. Er glaubt allerdings, dass die Methodik nicht richtig ist. Die aus der Gemeindeordnung abgeleiteten Schlussfolgerungen bezüglich eines Handlungsbedarfes der Kommune sind nicht zulässig. Das Profil der unstrittig freiwilligen Aufgabe Konservatorium ist durch politische Bekenntnisse der Stadtverordnetenversammlung in mehreren Legislaturen bestätigt worden.

Beide Schulen sind nicht miteinander vergleichbar – so **Herr Picl**. Qualität kann nur erreicht werden, weil am Konservatorium hauptamtliche Lehrer mit einem anerkannten Abschluss beschäftigt werden.

Herr Bärwinkel sieht es als falsch an, dass gute Ergebnisse nur mit fest angestellten Lehrern erreicht werden können.

Herr Neubert fasst abschließend zusammen, dass der Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe nicht behandelt wird. Der Ausschuss sieht keine Notwendigkeit einer weiteren Diskussion.

TOP 2.2.

Frau Orphal möchte das Negative aus der Diskussion zur Schließung der 6. Förderschule nehmen. Es geht hier um die Bewahrung und Konzentration der pädagogischen Fachkompetenz. Das Konzept wurde von beiden Schulen gemeinsam erarbeitet. Anlass für die Bildung einer Grundschule mit Förderschwerpunkt Sprache ist die veränderte gesetzliche Grundlage.

Die Schulleiterinnen der 8. Grundschule und 6. Förderschule stellen gemeinsam das Konzept der künftigen Schule vor. Sie sprechen jeweils über die Säulen ihrer pädagogischen Arbeit und erläutern den Sachstand der Kooperation. Ziel ist die Entwicklung einer neuen Schule für den Primarbereich und eine neue Qualität des pädagogischen Angebots. Es wird dargelegt, was die Lehrer leisten wollen, damit ein attraktiver Lernort entsteht.

Der Elternsprecher der Sprachheilschule erhält auf Antrag Rederecht. **Herr Pilzecker** stellt fest, dass durch das Staatliche Schulamt ohne Grund eine besondere Fördermöglichkeit für benachteiligte Kinder aufgegeben wird. Ein Weiterbetrieb der Sprachheilschule wird durch das Bildungsministerium in Potsdam unterstützt. Die Eltern halten die Verfahrensweise zur Beschulung der Kinder in Flex-Klassen für unsozial und diskriminierend.

Herr Neubert erinnert daran, dass es heute um die Vorstellung des Konzeptes geht. Die an ihn gerichtete E-Mail mit der Stellungnahme der Elternkonferenz der 6. Förderschule wird dem Protokoll beigelegt (Anlage 1).

Auf Anfrage erläutert **Frau Orphal** den § 13 der Sonderpädagogik-Verordnung. Sie wird gebeten, die Zuarbeit schriftlich zu übergeben, damit diese dem Protokoll beigelegt werden kann (Anlage 2).

Herr Picl verlässt aus dienstlichen Gründen die Sitzung.

Frau Dr. Münch schlägt vor, dass die Beteiligten in die Fraktionen eingeladen werden sollten. Sie betont, dass die Schulentwicklungsplanung nicht Landesaufgabe ist. Auf Landesebene wird über die Auflösung der 1. und 2. Klassen an Förderschulen diskutiert.

Herr Neubert fasst zusammen, dass weiterer Diskussionsbedarf in dieser Sache besteht. Hervorzuheben ist die neue Qualität der Zusammenarbeit beider Schulen.

TOP 3.1., 3.2., 3.3.

Zu den drei strategischen Papieren gibt **Frau Tzschoppe** eine Einführung. Das Stadtumbaukonzept wurde erstmals 2002 entwickelt und beschlossen. Das vorliegende Papier ist die Fortschreibung.

Zur Gemeinwesenstudie spricht **Herr Reichel** vom Stadtbüro Hunger. Er erläutert die Aufgaben, Herausforderungen, die handlungsleitenden Prinzipien, die Entwicklungsziele für die Stadtteile. Abschließend stellt er einige Stadtteilprofile und Handlungsempfehlungen im Bereich Bildung vor.

Frau Dr. Münch kritisiert das Fehlen der Diskussionsgrundlage. Die Studie liegt den Stadtverordneten in Papierform (nur auf CD-ROM) nicht vor. Sie bittet darum, künftig jeder Fraktion wenigstens einen Farbausdruck solcher Unterlagen zu übergeben.

Herr Weiße hebt hervor, was die Studie für die Stadt bedeutet. Es wird die Gesamtsicht auf die komplexe Situation dargelegt. Entwicklungszwänge müssen beachtet werden. Es wird nicht die Fachplanung ersetzt.

Frau Dr. Münch beantragt die 2. Lesung.

Die Studie ist eine Grundlage – so **Frau Tzschoppe** – und soll weiter diskutiert werden.

Herr Dr. Fischer beantragt die Änderung der Formulierung im Beschlussvorschlag zur Gemeinwesenstudie:

„Leitbilder und Entwicklungsziele der Gemeinwesenstudie werden bestätigt und bilden die Grundlage für weitere Entwicklungsentscheidungen ...“

Der Antrag auf 2. Lesung wird mehrheitlich abgelehnt. Abst.: 3:4:1

Dem Antrag auf Änderung einer Formulierung wird mehrheitlich zugestimmt. Abst.: 7:0:1

Der Vorlage IV-037/06 wird in geänderter Fassung mehrheitlich zugestimmt. Abst.: 5:0:3

Der Vorlage IV-002/06 wird mehrheitlich zugestimmt. Abst.: 6:0:2

Der Vorlage IV-008/06 wird mehrheitlich zugestimmt. Abst.: 5:0:3

Herr Neubert fragt an, ob es Angebote an Vereine zur Nutzung von Turnhallen nach Abriss der Schulen gibt.

Frau Tzschoppe antwortet, dass sie im Gespräch mit allen Beteiligten ist.

TOP 3.4. und 3.5.

Herr Nitschke stellt die Satzungen kurz vor. Es handelt sich hierbei um eine Heilung beider Satzungen. Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Der Vorlage IV-030/06 wird einstimmig zugestimmt. Abst.: 8:0:0

Der Vorlage IV-031/06 wird einstimmig zugestimmt. Abst.: 8:0:0

TOP 3.6.

Anlass dieser Vorlage ist der steigende Bedarf an Wohnheimplätzen für das Max-Steenbeck-Gymnasium. Es wurden dafür zusätzlich 5 Wohnungen von der GWC angemietet. Damit Rechtssicherheit besteht, sind diese Wohnungen in die Entgeltordnung aufzunehmen. Die Entgelte verändern sich nicht.

Der Vorlage III-007/06 wird einstimmig zugestimmt. Abst.: 8:0:0

TOP 3.7.

Im Sozialausschuss wurde die Vorlage abgelehnt. Mit dem Hinweis auf die Diskussion im Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss bietet **Herr Weiße** an, die Vorlage zurückzuziehen oder in eine zweite Lesung zu gehen, um die bestehenden Fragen beantworten zu können. Er erläutert die Notwendigkeit der Fusion aus seiner Sicht und bittet zu bedenken, dass Kienbaum die Ämterfusion nicht untersucht hat und lediglich eine Empfehlung ausgesprochen hat. Der Zusammenzug der beiden Ämter im Verwaltungsgebäude Thiemstraße ist vor Beginn der Kienbaum-Untersuchung vollzogen worden.

Herr Dr. Fischer kann es nicht nachvollziehen. Das Ergebnis der Kienbaum-Studie wurde beschlossen. Dort wurde eine Fusion des Schulverwaltungs- und Sportamtes mit dem Jugendamt vorgeschlagen. Er möchte wissen, was fachlich für die Fusion mit dem Sozialamt spricht, Räume und Finanzen sind für ihn nicht die alles entscheidenden Argumente.

Herr Strese beantragt eine zweite Lesung.

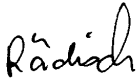
Frau Gattner erläutert, dass der Personalrat erst jetzt eine Stellungnahme zur Vorlage abgeben kann, weil er erst nach der Beigeordnetenkonferenz von Herrn Weiße zum Sachverhalt informiert wurde. Die Stellungnahme wurde gestern in der Sitzung des Personalrates beschlossen und vorgelegt. Die Fusion mit dem Sozialamt ist nicht Kienbaum-konform.

Herr Dr. Fischer bittet um eine zweite Lesung auch im Sozialausschuss.

Schule, Bildung und Jugend passen aus der Sicht von **Herrn Neubert** besser zusammen als Soziales. Er sieht hier die praktischen Berührungspunkte und bittet um die Abstimmung zur zweiten Lesung:

Dem Antrag auf zweite Lesung wird einstimmig zugestimmt.

Abst.: 8:0:0



F. d. R. Rädtsch

2 Anlagen